

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Montag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Hälfte März 1500.— M. Einzelverkaufspr. 120 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Telefon: 905 nur Redaktion, 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 300.— Mark, auswärtsige 350.— Mark für Verammlungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 M., für Reklamen 1200.— M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Telefon: 926 nur Geschäftsstelle, 905 nur Redaktion.

# Lübecker Volksbote

Tagzeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 23.

Dienstag, 27. März 1923.

30. Jahrgang.

## Die Berliner Sozialistenkonferenz.

### Die Hoffnungen der Welt.

SPD. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der sozialistischen Parlamentsfraktionen Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens und des Deutschen Sozialdemokratischen Parteivorstandes wurden am Montagabend abgeschlossen. Mit ihrem Ergebnis wird sich am 29. März die erneut in Paris zusammengetretene Konferenz der sozialistischen Parlamentarier befassen, zu deren Auffassung sodann der deutsche Parteivorstand wiederum Stellung nehmen wird. Die Aussprache in Berlin ergab volle Übereinstimmung: Die sozialistischen Parteien sind entschlossen, ihre Kräfte darauf zu konzentrieren, dem Ruhrstreik ein möglichst schnelles Ende zu bereiten und eine endgültige Lösung der Reparationsfrage herbeizuführen, die zur Wiedergutmachung der Kriegsverluste führt, der Wahrung des europäischen Friedens dient und der Leistungsfähigkeit Deutschlands Rechnung trägt.

Paris, 26. März. (EE.)

Der hiesige „New York Herald“ schreibt, die Reparationsfrage tritt nach Anschauung französischer offizieller Kreise in eine neue Phase ein. Man glaubt, daß das Kabinett Cuno in einen scharfen Konflikt mit den Sozialisten gekommen sei und dadurch gezwungen werden könnte, Verhandlungen mit den Franzosen einzuleiten. Diese Anschauung gründet sich hauptsächlich auf die gegenwärtige Berliner Sozialistenkonferenz. Man hofft, daß diese Konferenz zur Veröffentlichung von Vorschlägen zur

Lösung des Reparationsproblems über die Höhe der deutschen Barzahlungen und Sachleistungen machen. Man glaubt übrigens, daß die Pläne der Sozialisten Poincaré gefährlich erscheinen könnten, der auf Zahlung von 60 Milliarden Goldmark und auf einen Vertrag wegen der Sicherheit Frankreichs dringt. Aber die sozialistischen Vorschläge, die die volle Unterstützung der englischen Labour Party finden, könnten auch von den gemäßigten Elementen in der französischen Kammer in Erwägung gezogen werden. Man glaubt, daß die Ruhrbesprechungen noch vor Ostern anfangen könnten. Auch bei einzelnen Abgeordneten des Bloc National herrsche nunmehr größeres Interesse an dem Vorschlag, daß der Völkerbund eingreifen solle. Diese Abgeordneten, die hauptsächlich der Forderung Poincarés zustimmen, daß Deutschland direkte Vorschläge an Frankreich und Belgien erstatten müsse, glauben nunmehr, daß der Völkerbund seinen Einfluß zugunsten der Errichtung einer entmilitarisierten Zone im Rheinlande (Wir haben in Rheinlande nu Ententemilitär! Red.) ausüben könnte. Die Annahme dieses Vorschlags könnte zu einer rascheren Räumung des Ruhrgebietes führen als sie durch die Brüsseler Beschlüsse vorgesehen war.

London, 26. März. (EE.)

Ramsay Mac Donald sagte gestern in einer Rede in Newport, er hoffe, die Mission der englischen Arbeiterdelegierten nach Berlin werde zur Veröffentlichung von Vorschlägen führen, durch die das Ruhrproblem gelöst werden könnte.

Jena hat die Polizei den Geschäftsführer der Deutschösterreichischen Freiheitspartei, Wünsche, und den Vorsitzenden der Ortsgruppe, Korvettenkapitän a. D. Götting, festgenommen.

## Die militariserte Eisenbahn.

Die Franzosen haben nach eigenen Angaben 20 000 km der deutschen Reichsbahn besetzt und lassen darauf täglich 137 Personenzüge verkehren. Zum Beweis für die sich ständig steigende Benutzung dieser Militärszüge durch die deutsche Bevölkerung führten sie jetzt als Beispiel an, daß die französische Militärbahn im besetzten Gebiet innerhalb 5 Tagen 22 Millionen Mark an Fahrgebern eingenommen habe. Diese Zahlen, die die Franzosen selbst angeben, ermöglichen folgende Berechnung: Von der Einnahme von 22 Millionen Mark entfallen bei 20 000 km 1100 Mark auf 1 km bei 137 Zügen und in fünf Tagen; auf einen Zug also der 137. Teil = 8,02 Mark und auf einen Tag 1,60 Mark. Legt man den Fahrpreis 4. Klasse mit 16 Mark für den Kilometer zugrunde, so ergibt sich, daß die Franzosen nach ihren eigenen Behauptungen in den als besondere Leistung erwähnten 5 Tagen an einem Tag auf je einen Kilometer 1-10 Personen befördert haben. Daß das etwas wenig ist, wird selbst jeder Franzose zugeben müssen, der diese Berechnung selbst anmachen kann. 137 Züge zur Bewältigung dieses „Verkehrs“ täglich laufen zu lassen, sieht nach reichlicher Verschwendung aus, ganz abgesehen davon, daß bis heute weder die genannte Zahl an Zügen täglich fährt, noch die genannten Einnahmen erzielt sind.

## Der Reichszentralrat erkrankt.

ecc. Berlin, 26. März.

Der Reichszentralrat Dr. Cuno ist, wie wir erfahren, an einer leichten Rippenfellentzündung erkrankt. Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, die für morgen mittag 12 Uhr anberaumt ist, wird voraussichtlich trotz der Erkrankung des Reichszentralrats stattfinden. Vermutlich wird an Stelle des Reichszentralrats der Reichsaußenminister von Rosenburg an den Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses teilnehmen.

## Das „polnische“ Ostgalizien.

### Ukrainischer sozialistischer Protest.

Folgende Erklärung geht uns zu: Die ukrainische sozialistische Studentenschaft, derzeit in Emigration in der Tschechoslowakei, protestiert vor der ganzen arbeitenden Welt gegen die Entschlebung des Ostgalizienrats in Paris betreffend Angliederung Ostgaliziens an Polen ohne und gegen den Willen der Bevölkerung und erklärt: Jedwede Entscheidung irgend welcher Ausschüsse und Konferenzen, die nur die Interessen der großen kapitalistischen Staaten verteidigen, können den revolutionären Geist des ukrainischen arbeitenden Volkes Ostgaliziens, für welches solche Entscheidungen keine Gültigkeit haben, nicht brechen; der einzige zuständige Faktor, über das Schicksal dieses Landes zu entscheiden, ist das ukrainische arbeitende Volk selbst. Das ukrainische arbeitende Volk Ostgaliziens wird nie dem Selbstbestimmungsrecht der Völker entsagen und wird sich, auf die internationalen arbeitenden Massen stützend, ihre nationale und soziale Freiheit im freien Kampfe erobern. Die ukrainische sozialistische Studentenschaft.

## Landwirtschaft und Industriekrise.

Die industrielle Absatzkrise, die bei einer Stabilisierung der Markt von allen Kundigen erwartet wurde, greift verhältnismäßig schnell auch auf denjenigen Teil der industriellen Produktion über, der der kaufkräftigsten Schicht des deutschen Volkes dient, der Landwirtschaft. In der Kali-Industrie sind Betriebseinsparungen bereits im Gange. Ein gleiches Schicksal droht der Stickstoffindustrie.

Die Landwirtschaft nimmt augenblicklich so gut wie gar keinen Stickstoff vom Syndikat ab. Syndikatsstreife führen diese auffallende Erscheinung darauf zurück, daß die Landwirtschaft im vorausgegangenem halben Jahr über den notwendigen Bedarf hinweg eingedeckt hat, daß sie jetzt infolgedessen warten kann, bis der amtlich proklamierte, praktisch aber bisher wenig spürbare Preisabbaueinsetzt. Die dem Syndikat nahestehenden Industriezweige und Wissenschaftler sind überhaupt der Meinung, daß der nutzbar zu verwertende Bedarf an Stickstoff bei der deutschen Landwirtschaft nur rund 320 000 bis 350 000 Tonnen beträgt, während die Landwirtschaft ihrerseits ihre Aufnahmefähigkeit auf 600 000 Tonnen beziffert. Aus diesen gegenteiligen Anschauungen ergibt sich von vornherein auch eine gegensätzliche Auffassung von der Ursache und der Wirkung der Krise. Die Landwirtschaft glaubt, daß es sich nur um eine Geldfrage handelt. Die augenblicklichen Kreditwierigkeiten machen es ihr unmöglich, den verhältnismäßig hohen Stickstoffpreis anzulegen. Die Industrie dagegen ist der Auffassung, daß der bisher gefauste Stickstoff tatsächlich nicht durchweg verwendet worden ist, sondern zu einem erheblichen Teil mit dem Ziele der Werterhaltung gefaust wurde, um in den jetzigen Frühjahrsmonaten ausgeteilt zu werden, so daß das Stocken der Nachfrage zu einer sonst ganz ungewöhnlichen Zeit sich erklären würde.

Der ganze Streitfall ist nicht nur von akademischer Bedeutung. Die Frage der anwirtschaflichen Produktionssteigerung ist keineswegs nur eine Angelegenheit der Landwirtschaft selbst, sondern in hervorragendem Maße eine Verbraucherfrage. Deshalb hat auch die Arbeiterschaft sich ausgiebig mit diesem Problem beschäftigt, und die Sozialdemokratie war es, die die durch ihren Vertreter Otto Braun ein landwirtschaftliches Produktionsprogramm bereits aufstellte, ehe der Landbund seine lange Zeit recht unklaren Forderungen in programmatische Form gebracht hat. Wenn jetzt die Stickstoffindustrie Absatzwierigkeiten ausgeht wird, so werden nicht nur zehntausende von Arbeitern vor die Gefahr der Beschäftigungslosigkeit gestellt, sondern ein großer Teil des deutschen Bodens muß vielmehr nicht genügend ausgenutzt bleiben, eine geringere Lebensmittelmenge später dem Markt zur Verfügung stehen. Das heißt endlich, daß dadurch die Nahrungsmittelpreise künstlich hochgehalten werden.

Das Stickstoffsyndikat hat, um seine Schwierigkeiten und die Produktionswierigkeiten der Industrie weitesten Kreisen klar zu machen, eine Reihe von Pressevertretern zur Besichtigung des Leunaerwerkes eingeladen und dieses monumentale Wert deutscher Technik, das jetzt allein rund 15 000 Arbeiter zu beschäftigen vermag, sowie seine Produktionsfähigkeit noch weiter zu steigern im Begriff ist, in voller Tätigkeit gezeigt. Ein gewisser Produktionsausfall droht allerdings ohnehin, nachdem durch die Beschlagnahme der Kohle im besetzten Gebiet dem Schwesterwert von Leuna, der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Oppau, die Arbeitsmöglichkeit entzogen wird. Immerhin ist die Nachfrage derart zurückgegangen, daß jetzt bereits — genau wie in der Kaliindustrie — die Lagerbestände im Steigen sind und daß die Industrie fürchtet, sich einem unerantwortlichen Risiko auszusetzen, wenn sie die Produktion in dem bisherigen Ausmaß fortsetzt.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Sowohl nach Auffassung der Landwirtschaft wie nach der der sozialistischen Agrarpolitik ist die Landwirtschaft tatsächlich für Stickstoff bedeutend stärker aufnahmefähig als je. Ganz abgesehen davon, ob sich nicht auf das Fehlen der Phosphate bis zu einem gewissen Grade durch die erhöhte Anwendung von schwefelsaurem Ammoniak wettmachen läßt — diese wissenschaftliche Frage scheint noch nicht ganz geklärt zu sein —, ergeben die Forschungen zahlreicher Wissenschaftler und namhafter Landwirte, daß der Stickstoffverbrauch zum Nutzen der inländischen Produktion an Getreide etwa auf das Anderthalbfache der augenblicklich zur Verfügung stehenden Produktionsmenge gesteigert werden kann. Gewiß steht die Erkenntnis von der Notwendigkeit ausgiebiger künstlicher Düngung gegen die vielen Vorurteile, die gegen sie bestehen, nur allmählich durch. Aber gerade darum wäre es erwünschenswert, wenn man gelegentlich einen gewissen Druck auf die Landwirtschaft zu erhöhtem Verbrauch von Stickstoff ausgeübt hätte, wie es die sozialistischen Vorschläge durch die Verbindung von Stickstofflieferungen des Reiches gegen Umlagegetreide vorsahen. Formal ist die Frage noch nicht entschieden. Sachlich liegen aber die Mehrheitsverhältnisse so, daß man mit der üblichen bürgerlichen Mehrheit, die sich in der letzten Zeit immer wieder ergeben hat, die freie Getreidewirtschaft durchsetzen will.

Es wäre gerade für die bürgerlichen Parteien Zeit, sich die Sache noch einmal zu überlegen. Durchaus unwahrscheinlich ist, daß die Landwirtschaft künstliche künstliche Mittel in

## Aus dem Einbruchgebiet.

SPD. Aus dem Ruhrgebiet, 26. März.

Auf den westlichen Kontrollstationen des Ruhrbezirks lassen die Franzosen Sendungen von Wein, Bier und Spirituosen nicht mehr nach den neu besetzten Gebieten heraus, sondern beschlagnahmen sie. Als Ersatz werden nur noch Lebensmittel und wirklicher Reisebedarf als eingeschriebenes Reisegepäck herausgelassen; alles andere wird beschlagnahmt.

Am Sonntag morgen um 6 Uhr rückte auf der Zeche „Rheinbaben“ bei Gladbeck ein Bataillon Belgier an und besetzte sämtliche Anlagen. Damit machen die Belgier zum erstenmal selbst den Versuch, sich auf diese Weise Kohle und Koks unmittelbar von den Zechen zu beschaffen. Den Sonntag haben sie vermutlich deshalb gewählt, weil sie an diesem Tage mit ihrem großen Widerstand der Arbeiterschaft rechnen. Der Betriebsrat erklärte jedoch sofort, daß die Arbeiterschaft die Arbeit niederlegen und nur die Notstandarbeiten verrichten werde, solange belgisches Militär die Zeche besetzt halte. Tatsächlich rührte die Arbeit am Montag morgen vollständig. Der Vorsitzende des Betriebsrats ist kommunist! Die Zeche „Rheinbaben“ beschäftigt insgesamt 6000 Arbeiter und förderte durchschnittlich 2600 Tonnen täglich; sie ist die größte städtische Zeche im Gebiet von Recklinghausen. Auch die Franzosen sind am Sonntag zur Besetzung weiterer Zechen, so „Eckel“ und „Eisen“ bei Westerloht geschritten. Auf der Zeche „Concordia“ haben sie am Sonnabend mit dem Abtransport von Kohle begonnen.

Um die Schwierigkeiten, die den Franzosen und Belgiern durch Erhebung der 10prozentigen Ausfuhrabgabe aus dem besetzten Gebiet mit England erwachsen sind, zu beheben, haben sie zwischen Bentrath und Düsseldorf-Reicholz eine neutrale Zone von hundert Metern geschaffen. Dadurch gelangt die Ware aus dem englischen Gebiet zunächst in unbesetztes deutsches Land, woraus Franzosen und Belgier dann die Ermächtigung zur Erhebung der Abgabe herleiten.

Vom Kriegsgericht in Hattingen sind ein gewisser Karl Koffel und Josef Hoer in contumaciam zum Tode verurteilt worden, weil sie feinerzeit auf dem Bahnhof in Bochum mit einigen französischen Soldaten zusammen geschäftigt hatten, von denen später einige gestorben sind.

SPD. Karlsruhe, 26. März. (Sig. Drahtber.)

In Offenburg ist die französische Besatzung dazu übergegangen, aus der Eisenbahnreparaturwerkstätte sämtliche Maschinen, die zu Reparaturarbeiten dienen, nach Straßburg abzutransportieren. Um dies auch mit den großen Maschinen machen zu können, haben sie drei schwere Kräne aus Straßburg herbeigebracht.

## Ein neues Eisenbahnunglück.

Köln, 27. März.

Wie oben bekannt wird, ist am Sonnabend ein Personenzug, der von Franzosen gefahren wurde, auf der Strecke Oberhausen-Duisburg kurz vor der Einfahrt in den Duisburger Bahnhof mit allen Achsen entgleist. Die Unfallstelle wurde sofort abgesperrt, jedoch hat man beobachten können, wie verletzte Zivilpersonen fortgetragen wurden. Näheres ließ sich wegen der Unübersichtlichkeit nicht feststellen.

## Neue Verhaftungen.

Berlin, 27. März.

In der Hochverratsache Korbach und Genossen sind in Berlin gestern drei weitere Personen polizeilich festgenommen worden und zwar Major a. D. von Stephanio, Oberleutnant a. D. von Bülow und der frühere Privatsekretär Korbachs namens Wolf. Alle drei Personen werden heute dem Richter zugeführt. Die in der Provinz von der Berliner Polizei festgenommenen sind inzwischen sämtlich den zuständigen Gerichten zugeführt worden. Gegen zehn der Angeklagten wurden einstweilige Haftbefehle erlassen. In



# Frankreichs Kokszeugung.

SPD. Wer mit den Brennstoffbedürfnissen Frankreichs vertraut ist und die Anstrengungen kennt, die gemacht wurden, um die Kokszeugung aus dem Ruhrgebiet zu steigern, und sich dann noch vergegenwärtigt, daß die angeblich beschleunigten Lieferungen in Koks als hauptsächlichste Begründung für den Einmarsch in das Ruhrrevier angegeben wurden, wird entsetzt sein, zu erfahren, daß die französischen Eisenindustriellen die Kokszeugung ihres Landes bewußt vernachlässigten und auch die Regierung diesem Verhalten unzulässig zusah. Den Beweis für diese Behauptung führt ein Spezialberichterstatter, der die französischen Bergbaubezirke bereist und auf den Bergwerken Erfindungen eingeholt hat. Er veröffentlicht seine interessanten Wahrnehmungen in der „L'Information“ vom 13. Februar 1923 unter dem Titel: „Ruhrkoks und französischer Koks“. Der Aufsatz wird mit folgenden Sätzen eingeleitet:

„Während unserer Erkundung im Osten hat uns eine Tatsache ganz besonders erstaunt: Wie wenig Wert unsere lothringischen Industriellen auf unseren Koks aus Manderen und dem Artois legen und das geringe Interesse, das sie für unsere Kokerien des Nordens haben. Könnten diese nicht unserer nationalen Eisenindustrie Hilfe in weitestem Maßstabe leisten, und was die spezielle augenblickliche Lage anlangt, könnten sie nicht in gewissem Maße an die Stelle der ungenügenden Sendungen Westfalens treten?“

Er stellt sodann den Niedergang der Kokszeugung seit 1914 fest und fährt dann fort:

„Während unsere Eisenindustrie des Ostens in völliger Ungelegenheit hinsichtlich ihrer Koksversorgung leidet, vermindert sich die Koksproduktion in unserem großen Förderzentrum für Steinkohle. So paradox es erscheint, die Tatsache ist nicht zu bestreiten. Die Kohlenproduktion, die sich 1913 auf 2470 126 Tonnen für die beiden Departements Pas-de-Calais und Nord belief, ging 1921 nicht über 376 245 Tonnen und 1922 nicht über 538 889 Tonnen hinaus. Anders ausgedrückt hat die Menge des vergangenen Jahres 22 Proz. der Vorkriegsleistung, die durch 2744 Oefen sichergestellt wurde, nicht überschritten.“

Der Korrespondent geht nach diesen Feststellungen auf die einzelnen Bergbaugesellschaften ein, um die Lage „genau zu beschreiben“. Vor dem Kriege hätten die 209 Oefen von Anzin 207 000 Tonnen Hochofentots erzeugt und 1922 nur 98 000 Tonnen. Man könnte folgerichtig annehmen, daß der Produktionsrückgang von der verminderten Leistungsfähigkeit der Kokerien herrühre. Dann fährt der Artikelschreiber wörtlich fort:

„Dies wäre jedenfalls eine ungenaue Annahme. In der Tat war es dem Generaldirektor 1918 gelungen, eine Batterie von Oefen ohne Anlagen zur Gewinnung der Nebenprodukte vor der Zerstörung zu retten. 1919 waren die Apparate wieder instand gesetzt und waren bereit zu produzieren. Wenn sie nicht ausgemergelt wurden, so ist der Grund hierfür einzig und allein der Mangel an Aufträgen. Ebenso hat man das große Bauprojekt für Koks-batterien aufgegeben, das für die Beendigung der Feindselbstigkeiten vorgesehen war.“

Der Verfasser bespricht sodann die Anlagen von Crespin-Nord, Douchny, Anide, Agincourt und Escarpelle und sagt, daß man auf der letzten Anlage „aus freien Stücken den Wiederaufbau der 72 durch die Deutschen zerstörten Oefen aufgegeben hat. Die Kriegszerstörungen erklären zum Teil den Rückgang der in den Jahren 1921-22 verzeichneten Kokszeugung, aber es sei auch nicht weniger wahr, daß in der Befahrungsjahre die Produktion seit mehreren Monaten hätte entwidelt sein können, wenn sich nicht die Eisenindustrie des Ostens als wenig geneigt zum Verbrauch unserer Produkte gezeigt und ihnen fremde Brennstoffe vorgezogen hätte.“

Von Lens sagt der Verfasser, daß in Dounges 4 Oefenbatterien in Ausführung begriffen seien und in Drocourt die Wiederaufbauarbeiten noch nicht beendet wären.

„Aber in Lens hat man im November 1922 70 Oefen wieder angezündet. Aber 70 andere Oefen sind ebenfalls hergestellt, die man hätte benutzen können, wenn nicht die Oefenmündungen falsch konstruiert wären.“

Die Politik der Zurückhaltung zeige sich auch in den mangelhaften Aufträgen bei den Kokerien im Westen des Reviers. „Auf den Oefen von Bethune produzierte man 1913 annähernd 400 000 Tonnen mit 330 Oefen. Der Krieg hatte die Batterien vernichtet. Zwei Gruppen von 70 Oefen sind wieder hergestellt worden. Eine einzige hat regelmäßig gearbeitet; die zweite mußte 1922 infolge der Unmöglichkeit, die Ware abzugeben, ausgelöscht werden, und es ist erst einige Wochen her, daß man diese Batterien mit Nutzen wieder hat in Gang setzen können. Ebenso hat man sich gehütet, die Herstellung der ergänzenden Kokerien zu überlassen. In Anzin, in Lens, in Bully-Grenay ist die Koksabfuhr aus schließlich infolge des vollständig ungenügenden Absatzes verlangsamt worden.“

In Nancy sei die Produktion „aus denselben Gründen ebenfalls wenig lebhaft, und dies ist der Grund dafür, daß 1922 die Gesellschaften des Bezirkes von Bethune noch nicht 350 000 Tonnen geliefert haben, während sie 1911 625 000 Tonnen produzierten und augenblicklich 500 000 Tonnen abgeben könnten.“

Der Berichterstatter schließt seinen Aufsatz wie folgt: „Angehts dieser Tatsache begreift man, daß die vor dem Krieg gefassten Pläne zur Gründung von Batterien in Courrières und Lezin durch die Interessenten beiseite gelassen wurden und daß die Kohlenproduzenten sich nicht dazu verstanden haben, bedeutende Kapitalflüsse für Ausrichtungen, die mehr wie problematisch sind, festzulegen.“

Diese Darlegungen sind, im ganzen betrachtet, von allergrößtem Interesse. Einwandfrei und unter zahlenmäßigem Nachweis wird von einem französischen Fachmann festgestellt, daß die Kokszeugung in Frankreich behindert und mit Überlegung vernachlässigt wurde. Wie ist diese Tatsache zu erklären? Sie kann nicht begründet werden mit dem Hinweis auf etwaige mindere Güte des französischen Koks. Dieser Koks ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, gleichwertig dem Ruhrkoks. In den Erhebungen von Brier und Longwy wurde er in der Vorkriegszeit fast ausschließlich verwendet, wobei seine nährbringende Brauchbarkeit festgestellt wurde. Die Abneigung der französischen Eisenindustriellen läßt sich nur aus rein kapitalistischen Gründen erklären, die allerdings sehr begründet werden durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages. Nach ihm ist Deutschland gehalten, die Kohlen- und Kokslieferungen auf Reparationskonto auszuführen zu dem „Preis frei Grube, den die deutschen Reichsangehörigen zahlen, unter Hinzurechnung der Fracht bis zur französischen, belgischen oder luxemburgischen Grenze“. Der deutsche Inlandspreis hat infolge des anhaltenden Sinkens der Mark beträchtlich und stets nicht nur unter dem Weltmarktpreis, sondern auch unter dem französischen Erzeugerpreis gelegen. Es kostete eine Tonne Hochofentots ab westfälischer Grube:

	Mai 1920	Februar 1922	Oktober 1922	Januar 1923
Markt	288,90	682,70	7 405,-	55 590,-
Francs	86,67	40,96	33,32	37,-

Eine Tonne Hochofentots kostete Ende 1922 ab französischer Grube aber 125 Francs. Damit ist die Abneigung der französischen Eisenindustriellen gegen den Koks ihres Landes erklärt. Sie vernachlässigen nach kühler Überlegung einen Zweig ihrer nationalen Industrie, weil das finanziell sehr nährbringend war, wie aus den mitgeteilten Preisen ersichtlich ist. Dagegen soll auch schon bei den großen „Patrioten“ anderer Staaten wahrnehmbar gewesen sein. Diese Angelegenheit ist aber in dem vorliegenden Falle so grausam, daß sie höchste Empörung auslösen kann. Man bedenke doch:

Deutschland bemüht sich mit höchster Anstrengung, die ihm auferlegten Kokslieferungen zu erfüllen. Seine Bergarbeiter verfahren überstunden, es pumpt seine eigene Wirtschaft bis zur Unerkennbarkeit aus unter dem Drang des Erfüllungswillens. Das Vorhaben gelingt trotzdem nicht reiflos. Wählenddessen aber werden in Frankreich Kokerien ausgeblasen infolge mangelnder Aufträge. Oefenmündungen falsch konstruiert, jedoch die fertiggestellten Oefen unbrauchbar sind und der Wiederaufbau von zerstörten Kokerien nur „aus freien Stücken“ ausgegeben, weil die Ausrichtungen auf Gewinn „mehr wie problematisch sind“. All dies wäre zunächst eine eigene Angelegenheit Frankreichs, wenn Deutschland nicht in Mitleidenschaft gezogen wäre. Die französische Regierung hat die Vernachlässigung der nationalen Koksherstellung gebuldet und ist dann mit militärischer Macht in deutsches Gebiet einmarschiert, um den für die französische Eisenindustrie angeblich erforderlichen Koks einzutreiben. All das mutet an wie ein Traum, ist aber leider raube Wirklichkeit. S. Köppler.

## Die politische Lage in Ungarn.

(Von unserem Budapest Korrespondenten.)

SPD. Nach Zusammentritt der zweiten Nationalversammlung, in die auch die Sozialdemokratische Partei ihren Einzug hielt, gab man sich allgemein der Hoffnung hin, daß in der Innenpolitik Ungarns eine Wendung zum Besseren eintreten werde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Graf Bethlen hinter den Kulissen auch versucht hat, das Steuer anders zu richten, aber bei der Zusammenfassung der Einheitspartei, auf die er sich stützt, nimmt es nicht wunder, wenn ein derartiger Versuch von vornherein gescheitert ist. Die sogenannte Einheitspartei, in der es alles andere, nur keine einheitliche Auffassung über die einzuschlagende Politik gibt, besteht aus Kleinbauern, Großgrundbesitzern, Nationalisten, Erwachenenden, Christlich-Nationalen und Sozialen, Liberalen und Konservativen, Erreaktionären und Klerikalen. Alle zusammen besitzen im Parlament eine Zweidrittelmehrheit. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß es der im allgemeinen wenig geeinten Opposition bisher nicht gelungen ist, das Internierungslager von Zalazgerzeg unmöglich zu machen und den numerus clausus aus der ungarischen Gesetzesammlung herauszubringen. Solange eine Institution wie die genannte in Ungarn besteht und die ungarische Gesetzgebung von einem Geiste beherrscht wird, der „nichts vergessen, nicht vergehen!“ will, — kann nach

Auffassung der Sozialdemokratie überhaupt keine Rede davon sein, daß der Kurs ein verjöhnender geworden ist.

Die Sozialdemokratische Partei führt einen entschlossenen und zähen Kampf gegen das herrschende System. Das schmerzt die Regierenden bitter. Sie versuchen deshalb jetzt, durch weitere Ausnahmegeetze, insbesondere durch eine Revision der Geschäftsordnung der Nationalversammlung ihre Herrlichkeit weiter zu sichern. An dem einzigen Ort, an dem in Ungarn noch die freie Rede gestattet ist, auf der Parlamentaristritze, soll in Zukunft durch Gesetz eine Einschränkung der Redefreiheit erfolgen. Von allen Seiten der Opposition, ebenso aus dem Lande, kommen entschiedene Proteste gegen diesen Plan. Ob er dennoch durchgeführt wird, bleibt abzuwarten.

Charakteristisch für die politischen Zustände in Ungarn sind die Begleitumstände, unter denen die Gedenkreise Alexander Petöfi, des größten ungarischen Freiheitsdichters, stattfanden. Überall im Auslande gab es nur eine ungeteilte Berechnung für den von Vaterlandsliche durchgeführten Revolutionär. Nur in Ungarn kam es am 15. März infolge der Hege der christlichen Presse zu standalösen Studentendemonstrationen. Zwar hatte der Minister des Innern die Petöfi-Feste der Sozialdemokratischen Partei, die am Sonntag, dem 18. März, stattfinden sollte, verboten. Die Zusammenkünfte der Studenten mit den Politikern erfolgten vor dem Verlag einer liberalen Zeitung. Es steht fest, daß ausschließlich die Studenten hieran Schuld trugen. Trotzdem erklärte der Minister des Innern einer Hochschul-Deputation, die wegen der Kuppelungen ihrer Kollegen vor sprach, die Komitionen zu beschwichtigen, da ihre Sache in guten Händen sei. Daß an dem fraglichen Tage an den Universitäten der Unterricht stockte, daß jüdische Studenten, Politikern — teilweise keine Juden — verhaftet und eingesperrt, ja geprügelt wurden, für all das hatte Herr Ratomski kein einziges Wort des Tadels. Dieser Skandal wird in der Nationalversammlung noch zur Sprache gebracht werden.

In dieser kurzen Uebersicht über die allgemeine politische Lage in Ungarn müssen auch die bevorstehenden Neuwahlen verzeichnet werden. Die eine Wahl findet in Komatom, die andere in Baja statt. Die Regierung legt auf beide großes Gewicht, denn in beiden Bezirken wird geheim gewählt, und sie stellt also in jedem Bezirk einen Minister als Kandidaten auf, den Handels- und den Unterrichtsminister. Für die vereinigte Opposition kandidiert in Komatom der von der Regierung gefürchtete Legitimist Edmund Beniczky, in Baja der Sozialdemokrat Alexander Radn. Es wird an beiden Orten ein heißer Kampf geführt. Die Regierung arbeitet mit Hochdruck und nicht ohne Terror, um die beiden Mandate, die in ihrem Besitze waren, nicht zu verlieren.

## Volkswirtschaft.

Devisen als Dividende bringen die Oberschleichen Kokswerke zur Ausschüttung, indem sie 400 Proz. Dividende vorschlagen, aber es den Aktionären freistellen, diese Dividende in Dollar-Schekenausweisungen zu beziehen. Da Dollar-Schekenausweisungen vorerst nur gegen Devisen käuflich sind, ist dieses der erste Fall, wo eine Aktiengesellschaft ihre Dividende nicht etwa nach Goldmaßstab berechnet, sondern auch in einer wertbeständigen mit Devisen erkaufte Anlage ausschüttet.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 27. März.

Ämliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
		26. März.	27. März.
Amsterdam	1 fl.	8229,37	8229,37
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1162,08	1162,08
Kristiania	1 Kr.	3775,58	3775,58
Kopenhagen	1 Kr.	4014,98	4027,40
Stockholm	1 Kr.	5541,11	5546,10
Helsingfors	1 finn. Mk.	561,59	560,59
Rom	1 Lire	1015,95	1012,46
London	1 £	97755,-	97755,-
Newyork	1 Dollar	20862,71	20862,71
Paris	1 Frs.	1898,14	1896,60
Zürich	1 Frs.	5851,34	5853,84
Madrid	1 Pesetas	3201,97	3201,97
Wien	100 Kr.	29,04	28,97
Prag	1 Kr.	618,19	618,94
Budapest	1 Kr.	4,65	4,48

## Der Wanderer ohne Weg.

Roman von August Hinzichs.

2. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Wilkens und träge ging ich geradeaus und hatte nur eine lebhafte Neugier, was mit mir geschehen würde. Als ich müde wurde, setzte ich mich an den Straßenrand — wozu lief ich eigentlich überhaupt weiter?

So blieb ich sitzen. Ein Wagen fuhr vorbei, und ein paar Leute gingen vorüber, ohne mich zu betrachten. Stundenlang glaube ich, habe ich dort gesessen, als plötzlich ein junger Mensch mit einem Bündel auf dem Rücken vor mir stand.

„Wohin Koller?“ fragte er.  
„Weiß nicht,“ sagte ich.  
„Also komm schon mit,“ meinte er, „ich mache nach dem Rhein hinunter, das kann man in vierzehn Tagen machen.“

Ich sah ihn an, er war ein kräftiger Bursche und hatte ein lustiges Gesicht. Mir fiel ein, auf diesem Wege konnte ich vielleicht meine Schmeißer Hilfe auffuchen.

„Also — kommst du mit?“ fragte er und schwang ungeduldig seinen Stiel.  
Da fiel mir mit Schrecken mein Geld ein. „Ich habe keinen Pfennig in der Tasche,“ sagte ich.

Er lachte laut auf. „Meinst du vielleicht, daß ich einen habe?“ Das konnte ich nicht begreifen. „Wie machst du es denn?“  
„Komm nur mit,“ lachte er, „wirft schon sehen.“  
„Meinetwegen,“ sagte ich, sprang auf und schwang mein Bündel auf den Rücken.

„Was ist das?“ fragte er.  
„Herzog, bist du grün,“ lachte er, dann brach er einen Stiel aus der Hecke, schnitt ihn zurecht und gab ihn mir. „Das ist ein Stiel — jetzt bist du wenigstens zünftig, daß man sich deiner nicht zu schämen braucht.“

So wanderten wir zusammen los, er selbstbewußt und sicher, ich verzagt und kleinlaut. Allmählich bekamem wir beide Hunger, und ich hatte eine gewisse Scham, daß er mit seinem großspürigen Auftreten doch nicht besser daran war als ich, und war neugierig, wie er sich aus der Klemme ziehen würde. Als ein größeres Dorf in Sicht kam, sagte er: „Hier müssen wir Kisten kaufen und dann wird gefrühstückt.“

„Kisten kaufen?“  
„Natürlich — kennst du das nicht?“

„Keine Ahnung!“  
Er schüttelte den Kopf. „Mensch, wie willst du durch die Welt kommen. Fischen müssen wir! Nimm du die Häuser links, ich gehe rechts hinein.“

Das hätte mir gestern einer sagen sollen — ich hätte ihn ausgelacht, jetzt lachte ich nur vor mir selber töplich und höhnisch auf.

Ich ging links in das erste Haus und blieb auf dem Flur stehen. Niemand kam. Ich hustete einige Male, da sah ein Kind aus einer Tür, schrie laut auf, als es mich sah, und schlug die Tür wieder zu. Ich wartete; endlich kam eine Frau mit einem Kind auf dem Arm und gab mir zwei Pfennig.

Ich sagte nichts und ging wieder fort. Das hängt gut an, hörte ich mich selber und suchte das nächste Haus. Das war größer, und ich rechnete auf eine anständige Gabe. Aber kaum hatte ich den Hofraum betreten, so fuhr mir ein großer Hund an die Beine.

Sunde sind die geborenen Feinde aller wandernden Gesellen, Landstreicher und Bagaubunden. Rasse, Größe und Geschlecht spielen dabei keine Rolle, ebensowenig wie etwa Handwerk oder Aussehen des Landstreichers hier etwas ändern können. Gattung steht gegen Gattung in unversöhnlichem Hiss. Der selbe Hund, der einem Kinde schweifend folgt, einem Spaziergänger die Hände fest und den fremden Geschäftsmann unbedacht überläßt, fällt mit einer Wut, die nur aus tödlichem Haß zu erklären ist, jeden Wanderer an, der zur Junft der Sonnenbrüder gehört. Bieleicht müttert er als Wächter des Hofes in dem Herbergsbruder schon von weitem den Wächter, der etwas, und sei es nur einen Schalkspennig von dem Bestimmt seines Herrn beehrt, aber höher ist dieser Haß viel ursprünglicher in dem eigentlichen Wesen beider Teile begründet. Die Hundeseele, deren tiefster Instinkt friedende Unterwürfigkeit ist, und deren höchste Tugend in der blinden Hingabe an einen Herrn besteht, muß in dem freilaufenden Landstreicher, dessen eigentümliche Art die schrankenlose Freiheit und dessen Stolz es ist, keinen Herrn und kein Gesetz zu kennen, ihren natürlichen Geiner empfinden. Und so tobt denn zwischen beiden Teilen ein wütender Kampf, der hüben wie drüben mit allen Kräfte, Tuden und Herbergsrägen Grausamkeiten ausgefochten wird, deren Hundes- und Menschenseelen nur fähig sind, und bei dem schon mancher Tropfen Blut geflossen ist.

Freilich habe ich dies alles erst später erzählt. Lange Erfahrungen haben mir auch gewisse Sicherheit gegeben, durch ein paar Finten und einen kräftigen Stoß meines Stodes den ärgsten Köter kampfunfähig zu machen.

Denn ich hätte mich nur Mühe zu machen, um die Kisten

war, daß er sich um so wütender gebärde und mir im Nu die Hock zerriß. Auf meinen Lärm hin kam der Besitzer, aber er half mir nicht, sondern rief noch einen zweiten Hund herbei, und ich war froh, als ich wenigstens mit heißen Knochen wieder draußen war.

Ich hatte genug von diesem ersten Versuch und legte mich am anderen Ende des Dorfes hin zu warten. Nach einer halben Stunde kam mein Kolleg und fragte, was ich bekommen hätte.

„Zwei Pfennig und eine zerrissene Hock,“ gestand ich.  
Er lachte mich aus, dann warf er sich zu mir ins Gras und frantete keine Tasche leer: neunzehn Pfennige, ein Stückchen Quark und ein paar Scheiben Brot. Ich legte meine zwei Pfennig dazu.

„Du hast doppelt soviel, wie du brauchst,“ lachte er und warf mir großmütig einen Pfennig wieder zurück. Dann zog er eine leere Tasche aus der Tasche und schickte mich mit den zwanzig Pfennigen ins Wirtshaus: „Hol einen Sorof.“

„Einen Sorof? Was ist das?“ mußte ich fragen.  
Er schüttelte den Kopf über meine Unwissenheit und belehrte mich, daß ich Schnaps holen sollte.

Als ich wiederkam, frühstückten wir, und er teilte redlich alles zwischen uns.  
„So,“ meinte er dann beherzt, „jetzt mußt du erst deine Hock finden.“ Aber ich besah weder Kadel noch Zwirn.

„Du bist mir ein dummer Kunde,“ lachte er, „sieh nur aus, ich mach's schon fertig.“  
So zog ich denn die Hock herunter, und er rächte sie geschickt wieder zusammen. Aber mitten in der Arbeit wurdet mir gefürd, denn plötzlich kam ein Landjäger geritten.

Ich erschau und hatte ein böses Gemissen wegen des Bettelns: ich muß wohl ganz blaß geworden sein, denn mein Kolleg fragte: „Ist deine Fleppe nicht im Lot?“

Da war der Landjäger schon da, hielt sein Pferd an und rief: „Kommt mal heran, ihr beiden!“  
Ich hätte meine nackten Beine gern verdeckt, aber er half mir nichts, ich mußte, so wie ich war, aufstehen und zu ihm gehen.

„Zeigt eure Fleppen her,“ knurrte er. Groß und kräftig sah er in seiner blanken Uniform auf dem Pferd — er war der Vertreter der schönen, sicheren und geordneten Welt, zu der ich selbst gestern noch gehört hatte. Jetzt war ich ihr Feind geworden und fühlte mit Genugtuung den tiefen Haß und die Erbitterung der Unterdrückten in mir aufsteigen.

Karlmann Isler



## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 27. März.

### Aus der Bürgerschaft.

**Stadttheater. — Verleibständigung staatlicher Betriebe. — Kleinhandwerkerliche Hemmungen und kommunizistische Schrankenlosigkeit.**

Für den Lebenswillen unseres kleinen Stadtstaates war die fast einstimmige Annahme der Theatervorlage für 1923/24 ein merkwürdiges Zeichen. Die Kommunisten zählen hier nicht mit — schienen heifzig über die Umwälzung eines großen Sorgensteines. Allerdings blieb ein Widerspruch zurück, und dieser löste sich auch nicht ganz von der Brust, als man Ja gesagt hatte. Man vertraute jedoch auf den stärkeren Bruder, den Ketter in der Not: auf das Reich, das drei Viertel der Lasten für Kulturtheater tragen will. Und nur unter dieser Bedingung — der Demotrat Boie stellte sie — stimmten die Fraktionen (Herr Rosenquist ging mit den Kommunisten durch) für den Weiterbetrieb des Stadttheaters. Der Glaube des Vorsitzenden der Theaterbehörde, des Genossen Senator Löwig, muß also diesmal Berge versetzen können, sonst bricht die Kunst rettungslos zusammen. Die Kommunisten, im allgemeinen Zitationen nicht unzugänglich, sind für solche „unproduktive Einrichtungen“ immun. So sagte Kof, und dann muß es wahr sein. Sein Freund Klann aber ermuntert unentwegt die Bürgerschaft, als Fürsprecherin höherer Gagen einzutreten. Für die Einnahmen sorgt der liebe Gott.

Die Verleibständigung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie der Straßenbahn — weih der Kaud, in welchem Beamtenhirn die so biegsame deutsche Sprache vergewaltigt wurde — entquellte verborgene Sehnsüchte in proletarischeren Büfen. Rosenquist, der unscheinbarste aller Götterdiener kapitalistischer Uebermenschen, war sogar in dem Wahn befangen, die Sozialdemokraten würden auf Canossa zuschreiten. Die Kenntnis vom Zusammenhang der Dinge im Prozeß des Werdens — wir wollen den Grundschloß marxistischer Dialektik mit Rücksicht auf inunungswestliches Begriffsverständnis nicht ausschreiben — ging Herrn Rosenquist ebenso ab wie den Generalpräsidenten abstrakter Theorien, den Kommunisten. Diese waren ebenfalls der Meinung, daß sich die Sozialdemokratie nun vollends dem Kapitalismus verschrieben habe. Kof dramatisierte wie ein aus dem Häuschen geratener Regisseur und schleuderte den Bannfluch gegen die Sozialdemokraten. Draußen will er den aktiven Kampf mit allen Mitteln fortsetzen. Die prominenten Vertreter des Großkapitalismus schwiegen, nur die Volksparteiler gaben einige Zudungen. Den drei Sprechern war es gar nicht so geheuer. Wermut und Hoffnung wandten sich im Kampf. Was die Deutschen im geheimen empfinden, kummern uns nichts. Unsere drei Fraktionsredner ließen deutlich verstehen, was wir mit der „Entbürokratisierung“ bezwecken: ein schnelles, zielbewusstes Arbeiten im Interesse des Staates. Alles andere schaltet aus, sind Illusionen. Wir verschreiben uns weder den Kapitalisten noch geben wir dem Leiter unumschränkte Vollmacht. Über Handeln soll Vorstand und Verwaltungsrat, zum Wohle des Staatsganges, damit nicht durch eine mißgünstige und wogende Beamtenhierarchie ungezählte Millionen Mehrkosten entstehen. Rascher Zugriff im Notwendigen soll pufferndes Leben bringen. Das ist der ganze Witz. Und diese Selbstverständlichkeit wollen die überflüssigen Kommunisten politisch ausbeuten. Arme Schäfer, die sich derartig den Kopf zerbrechen. Hier, fernab von der R. S. F. S. R. (Russischen Sozialistischen Föderativ-Sowjet-Republik), wo man dem ausländischen Kapitalismus Pfandbriefe auf Lebenszeit ausstellt. Viel Glück hier zu dem Schwindel. Unsere Genossen Steinberg, Haut und Dreger ließen mit Ausnahme einer persönlichen Ansicht des ersteren keinen Zweifel über die Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion. Wer rechts oder links glaubt, dabei eine Extrapostkarte basteln zu können, wird Hungers sterben. Die kommunistische Taktik muß aber doch einmal festgestellt werden, um die großen Worte gegen die Taten abzuwägen. Kof ist es nie eingefallen, an den Verhandlungen des Ausschusses zur Verleibständigung der Betriebe teilzunehmen und dort seine Bedenken geltend zu machen. Und auch in der Betriebsbehörde schwebt sich der kommunistische Erzengel aus. Dafür schwabronierte er um so lauter in der Bürgerschaft.

Das sich mehr auf Worte als auf maßberechtigten Rückhalt stützende kommunistische Kollegium bekundete gestern eine Rede, die die Steine zum Erweichen brachte. Mit dem Munde nehmen sich die Moskowitzer der ganzen Ideenwelt an und vergessen ganz, daß sie in einer Welt der Wirklichkeit leben. Sie drehen den sowjetischen Leiterkarten schon vor Eintritt in die Tagesordnung und lurcheln noch, als nach vierstündiger Debatte erst die halbe Tagesordnung erledigt war. Wer kann dafür!

Aus den endlosen Debatten ist noch die Annahme des Antrages Bed und Genossen über notwendige Änderungen der Landgemeindeförderung zu erwähnen, die vom Genossen Wolfradt begründet wurden. — Unser lübecker Staat kann sich über die Arbeitsfreudigkeit seiner Vertreter nicht beklagen. Und für die Presse wird ebenfalls genügend georgt.

Die Verstaatlichung der Bühnen- und Lesehalle wurde noch in später Nachstunde vollzogen. Der Zusatzantrag der sozialdemokratischen Fraktion, wonach auch die Leiterin dem Stadtbibliotheksdirektor unterstellt wird, wurde mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Erwähnenswert ist auch die Erklärung des Pastors Ziesenis im Auftrage des gesamten Unterrichtsausschusses. Er verurteilte das Verhalten des Frl. Kofe von der deutschnationalen Fraktion entchieden und sprach dem Vorsitzenden des Ausschusses, Genossen Dr. Pieh, einstimmig das Vertrauen des Ausschusses aus. Bezeichnend ist, daß der General-Anzeiger, der die unrichtigen Angaben des Frl. Kofe in der vorigen Sitzung in Fortschritt brachte, heute die offizielle Erklärung des ihm doch nachsehenden Pastor Ziesenis einfach übergeht.

### Zur wirtschaftlichen Entwicklung Lübeds.

In gegenwärtiger Zeit, wo sich in der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens mancherorts Kommunismus breit macht, ist es eine erfreuliche Erscheinung, daß

ein gesunder Unternehmungsgestalt in Lübed noch neue Werke schafft. So hat die Berliner Firma Michael u. Co. die umfangreichen Anlagen der ehemaligen Fliegerstation Blantzensee gemietet, um dort eine chemische Fabrik zu errichten. Die Werkstätten und ein Teil der Hallen, welche infolge Einschränkung des Flugwesens ihrem ursprünglichen Zwecke nicht mehr dienen können, haben dadurch eine neue zweckmäßige Verwendung gefunden. Auf der Teerhofsinsel hat die Firma Wilhelm C. Kelle ein größeres Gelände mit den darauf befindlichen Schuppen gepachtet, um gleichfalls eine chemische Fabrik zu errichten. Eine große Neuanlage plant die Firma B. Glogner u. Co., welche bereits am Lübeder Kanalhafen eine Drahtkistfabrik betreibt und an anderen Orten Filialen unterhält. Die Firma hat vom Lübedischen Staat ein Areal von ca. 70 000 Quadratmeter am Seeufer erworben, um dort ein eisenindustrielles Werk zu errichten, das 500 bis 700 Arbeiter beschäftigen soll. Mit dem Bau soll sofort begonnen werden. Erwähnenswert ist noch, daß in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes eine große Verkaufshalle für landwirtschaftliche Maschinen geschaffen wird, bei deren Errichtung wesentlich mit an den Absatz nach den nordischen Ländern gedacht ist.

In den Schiffsverkehrsverbindungen werden zum Sommer erhebliche Verbesserungen geschaffen, besonders im Personerverkehr. Auf der Linie Lübed-Helsingfors wird ab Mai außer den regelmäßig achtstündigen Passagier- und Frachtdampfern noch der bekannte effiziente Passagierdampfer Diphona eingestellt. Auf der Linie Lübed-Stockholm werden zweimal wöchentlich die bekannten Passagier- und Frachtdampfer der Suez-Linie verkehren, außerdem wöchentlich noch 1 bis 2 Frachtdampfer nach Stockholm expediert. Nach Kopenhagen und den westlich- und südlichen Häfen, hierunter Gothenburg, das wegen der diesjährigen Ausstellung besonderes Interesse finden wird, werden wöchentlich 4 Passagier- und Frachtdampfer und außerdem ein Frachtdampfer verkehren: wenn auch die angegebene tägliche Verbindung Lübed-Kopenhagen damit noch nicht wieder erreicht ist, ist doch die Regelmäßigkeit und Häufigkeit dieser Verbindung sehr zu begrüßen.

**Gütertransport nach Schweden.** Die für Stockholm bestimmten Güter sind ab 1. April Schweden 6 Süd anzuliefern. **wb. Stadthalter-Visitation.** „Kathariner der Weije“ Reisingers weltberühmtes Schauspiel ist von der Kaparic-Filmgesellschaft in München mit einem ungeheuren Kraft-, Geld-, Kost- und Massenaufwand verfilmt worden. Auch die Vorgeschichte, die Aussetzung der beiden Kinder Kurt und Necha, sowie die Ermordung von Mathias Frau und Söhnen wird in einem Vorspiel gezeigt. Die Erzählung von den drei Ringen, diese verfilmte Ausgestaltung der Religionsgeschichte kann natürlich im Film

nicht so wirken, wie das gesprochene Wort auf der Bühne. Man springt auch etwas frei mit der Handlung um. Namentlich in den Schlüsselen. Geradezu frappant hat man die Belagerung und Erstürmung Jerusalems durch Sultan Saladin in beispiellosem Kraftaufwand gezeigt. Ganz so wie eine mittelalterliche Schlacht verlaufen sein mag. Werner Kraus hat dem Nathan im Film Leben und Kraft eingehaucht. Lia Eibenschütz als Sittah und Bella Mannay als Necha verdienen aus den weiblichen Rolleninterpretationen hervorgehoben zu werden. Im großen und ganzen kann sich das großartige Filmwerk sehen lassen. Ihm gehen Uraufführungen des „Münchener Bilderbogen“ voraus, darunter „Mißbeba und die 40 Räuber“ aus „Tausend und eine Nacht“. Zu den Nachmittagsvorstellungen haben auch Kinder Zutritt.

**Stadttheater.** Mittwoch: Improvisationen im Juni. Donnerstag: Gaskspiel von Frau Rent-Rothaug als Puppe und Antonia in Hoffmanns Erzählungen. Donnerstag einmaliges Gaskspiel von Kammerfänger Heint. Henkel als Lohengrin. An den beiden Osterfesten wird am ersten Ostertag abends Notre Dame, romantische Oper von Franz Schmidt gegeben, am zweiten Ostertag, mittags 12 Uhr: Die Kofferfänger, abends: Der Mikado.

**Santa-Theater.** Heute, Dienstag 7 1/2 Uhr: „Das Dreimäderlhaus“. Mittwoch 7 1/2 Uhr: Zum letzten Male „Das Schwarzwaldmädel“. Donnerstag: Zum letzten Male „Das Dreimäderlhaus“. Freitag 8 Uhr findet ein Gaskspiel der Vereinigten Städtischen Theater Kiel, Leitung Intendant Dr. Elmenspöck mit „Der Totentanz“, Drama von Strindberg, statt, das in erster Besetzung hier zur Aufführung gelangt. Sonnabend 7 1/2 Uhr: Als Erbschaftsführung, „Die Siegerin“ (Katharina, die Jarin), historische Operette von Tschaikowsky.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Lübed.** Wir machen auf die am Mittwoch abend stattfindende Mitglieder-Versammlung aufmerksam, in der Genosse Dr. Leber über den Kampf in der Weltwirtschaft sprechen wird.

**Aktion, Gewerkschaftsverbände.** Diejenige Gewerkschaft, die nicht bis zum Sonnabend, dem 31. d. M. ihren Bedarf an Korrespondenzblättern gemeldet hat, erhält ab 1. April diese nicht mehr zugestellt. Aus postalischen Gründen wird in Zukunft das Korrespondenzblatt nur durch Vermittlung des Ortsauschusses an die einzelnen Gewerkschaften geliefert.

**Aktion Betriebsräte.** Die Anmeldungen der neu gewählten Betriebsräte muß umgehend erfolgen. Wer bis 31. d. M. diese Meldung nicht vorgenommen hat, wird nicht in die Liste eingetragen und erhält keinen Ausweis. Anzugeben sind Name, Adresse, Wohnung, Betriebsadresse und Verbandszugehörigkeit. Die Betriebsrätezentrale.

## Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübed, 26. März.

**Redner: G. Ehlers. — Beginn: 6.20 Uhr.**

Eine Eingabe der Kommission der Siedler ersucht, alle genannten Maßnahmen für den Wohnungsbau zu treffen. — Klann (Komm.) kommt auf die Eingabe des Erwerbslosenrates zu sprechen, über den Fall der Frau Schröder. Der Bericht des Senators Brenne behauptet, daß kein belastendes Material gegen Frau Schröder vorliegt. Frau Schröder habe aber selbst zugegeben, eine ungerechtfertigte Neuerung gegen eine arbeitssuchende Frau gebraucht zu haben. In den früheren Verhandlungen habe Frau Schröder die Arbeitslosengelder bezogen. Frau Schröder habe auch eine Kartei, die Bemerkungen über Arbeitslose enthalte, wie man sie auf Kriminalbüros vorfinde. Wegen der Redakteur der „Volksmacht“, die die Berichte gedruckt habe sei Klage erhoben worden. Redner stellt den Antrag, den Senat zu erwidern, Frau Schröder von ihrem Posten zu entfernen. Weiter bemerkt Klann die Behandlung des Chor- und Ballettpersonals am Stadttheater durch die sozialdemokratische Fraktion und fordert Überweisung der Eingabe an den Senat zur Berücksichtigung. — Dreger (Soz.) erklärt, seine Fraktion halte daran, daß es nicht Aufgabe der Bürgerschaft sei, Lohn- und Gehaltsangelegenheiten der Tagesordnung vorzunehmen und beantragt deshalb Überweisung zur Tagesordnung. Er hält ferner den Kommunisten das sonderbare Verhalten bei der vorjährigen Beratung der Theatervorlage vor, für die sie keine Mittel bewilligten, jetzt aber puren Stimmentang betreiben. Damals fanden die Kommunisten den Mut, die Rektion völlig arbeitslos zu machen, während sie sich heute als Staatsbeamten bewilligt, aber für Ausgaben keine Mittel zu haben. Lohn- und Gehaltsfragen sind Aufgaben der Gewerkschaften. In Sachen der Frau Schröder wartet unsere Fraktion erst das Ergebnis der Klage ab. In vielen Fällen hat Frau Schröder den rechten Ton gegenüber den Erwerbslosen nicht gefunden. Ist sie schuldig, dann muß sie von ihrem Posten entfernt werden. Zweifelslos erfordert die Behandlung der Erwerbslosen, die monatliche Entlohnungen durchzuführen, eine psychologische Einstellung. Die Spezialisten von Klann vorzutragen Fälle, insbesondere diejenigen, bei dem Frau Schröder einer Arbeitslosen gesagt haben soll, deren Kinder mögen krepieren, und vorzüglich aufzufallen. Heute spricht Frau Schröder den richtigen Ton mehr zu finden, wie viele der kommunistischen Fraktion nachstehenden Frauen bekräftigen. Auch die Kommunisten haben von der Einreichung weiteren Materials Abstand genommen. Die Einrichtung der Kartei ist zur sachgemäßen Arbeitsvermittlung notwendig. Objektive Bearbeitung jedes einzelnen Falles ist natürlich Pflicht der Beamten. Die Gewerkschaften haben dafür zu sorgen, daß der Arbeitsnachweis kein Maßregelungsinstitut wird. — Ehlers (Dem.) wendet sich gegen Klann. Die Frau habe viele Male angebotene Arbeit ausgeschlagen. Die Leiterin des Arbeitsnachweises habe keinen leichten Posten. Frau Schröder sei das Angehörige ihres Benehmens vorgefallen worden. Die letzte Erregbarkeit der Arbeitslosen sei berechtigt. — Klann (Komm.) behauptet wiederholt, daß Frau Schröder eine Arbeitslose geirrt habe, ob sie im Zustand gelassen hätte. Man habe jetzt auch angeordnet, daß die Frauen nicht mehr einzeln das Bureau zu betreten brauchen. Der angebotene Lohn für nachgewiesene Arbeit sei viel zu niedrig gewesen. In der Eingabe der Chor- und Ballettmittglieder sei zu sagen, daß die Angestellten gut bezahlt werden müßten, wenn man sie schon beschäftigen — Dreger (Soz.): Es ist nach die Frage, ob den erwerbslosen Frauen gebietet ist, wenn sie in Zukunft nicht mehr allein das Zimmer betreten. Klann habe u. a. behauptet, der „Volksbote“ habe nicht nach Tarif bezahlen wollen (Klann: Ich meinte die „Lübed. Anzeigen“). Auch die Mitglieder des Stadttheaters stehen im Tarifverhältnis. Wenn die Organisation keinen besseren Tarif schaffen kann, ist dies bedauerlich. Die Kommunisten bauken die Sache mit dem Arbeitsamt kapitalistisch auf. Man muß sehr vorichtig sein über die Aussagen der Erwerbslosenräte, die mitunter 2—3mal in der Woche ihr Gesicht wechseln und neu gewählt werden. Klagen sich die Erwerbslosen an ihre zuständigen Organisationsstellen, wenn sie Beschwerden haben. — Das Organisationsamt wird abgelehnt, der Antrag Dreger angenommen.

Die kommunistische Fraktion fragt, ob der Senat bereit sei, die deutschstämmige Freiheitspartei und deren Jugendgruppe, wie es in Preußen geschehen sei, aufzulösen. — Senator Dr. Ber mehrere kann heute nicht sagen, wie sich der Senat dazu stelle. Er werde aber dem Senat von der Anfrage Mitteilung machen.

**Stadttheaterbetrieb 1923/24.** — Boie (Dem.) stellt den Antrag, die Senatsvorlage nur dann anzunehmen, wenn der in Aussicht gestellte Reichszuschuß auch bezahlt wird. — Senator Löwig betont, der Zuschuß sei so gut wie sicher. Daraufhin hätten auch die Theaterdirektoren anderer Städte ihr Personal engagiert. Wenn wir bis zur endgültigen Regelung warten wollen, könnten hier die künstlerischen Kräfte nicht im nötigen Maße engagiert werden. Alle Länder hätten sich für diesen Zuschuß im Reichsrat ausgesprochen. — Kof (Komm.) lehnt die Vorlage ab. Sie könnten keine andere Stellung einnehmen, da es sich um eine völlig unproduktive Einrichtung handle. Für die Fortführung des Theaterbetriebes würden höhere Summen benötigt, als sie jetzt für Notstandsarbeiten gefordert würden. Der Theaterbetrieb sei zwar eine gewisse Notwendigkeit, andere soziale Aufgaben aber wichtiger. — Dreger (Arb.) bemängelt, daß hier keine Einschränkung des Betriebes stattfinden solle. Auch wenn das Reich einen Zuschuß gebe, müsse das Theater eingeschränkt werden. Der Redner beantragt Kommissionsberatung. — Rosenquist (Arb.) lehnt die Vorlage ab, schon mit Rücksicht auf andere Vorlagen, die den Mittelstand bedrücken. — Haut (Soz.): Wir sind bereit für den Antrag des Herrn Boie zu stimmen. Würde der Reichszuschuß nicht geleistet, sind auch viele Mitglieder unserer Fraktion nicht gewillt, die Theatervorlage zu bewilligen. — Erers (Arb.) erklärt, seine Fraktion sei in dieser Frage geteilt. Er stimmt für den Antrag Boie. Weiter wünscht der Redner Aufklärung über die geplante feste Anstellung des Direktors. — Senator Löwig verweist auf die hohe kulturelle Aufgabe des Theaters. Das Reich werde die Zuschüsse bezahlen. Diese sollen gerade die gefährdeten Theater erhalten. Lübed werde doch nicht so behörden sein, auf diese zu verzichten. Würde das Theater gefährdet, wären die Ausgaben für die Erwerbslosen größer als der geforderte Zuschuß für das Theater selbst. Auch die Unterhaltung des geschlossenen Theaters erforderte Millionen. Ganz belanglos sei es doch auch nicht, wenn Lübed ohne Theater und Orchester bleibe. Ersparen würden wir durch die Schließung des Theaters nichts, wohl aber Lübed in seiner Bedeutung herabdrücken. Der Redner erklärt dann im einzelnen die Anstellungsverhältnisse des Direktors. Wo Stadt oder Land Zuschüsse geben, müsse diese Frage anders geregelt werden. Eine Überweisung an eine Kommission würde die Sache nur verzögern. Wenn tüchtige Kräfte angestellt werden sollen, sei rasches Handeln notwendig. — Kof (Komm.) sagt, man könne nicht einmal die Verstorbenen so beerdigen, wie es sich gehöre, und da wolle man für das Theater solche Summen bewilligen. Ein Zuschuß von 25 Millionen sei an sich ja niedrig, der Prozentsatz aus den Einnahmen zu gering. Es sei bedauerlich, daß nicht jeder das Theater besuchen könne — Reimpell (Arb.): Das Zurückweisen des Reichsangebots würde für uns ein Nachteil sein. Aus wirtschaftlichen Gründen sollte man sich diesem Angebot nicht widersetzen. — Kommissionsberatung wird abgelehnt, der Antrag Boie wird angenommen. Hierauf der ganze Senatsantrag mit Zweidrittelmehrheit.

**Errichtung der bisherigen Rektorenwohnung in der Bezirkschule in Travemünde für Schulzwecke.** — Ziesenis (Arb.) gibt die Erklärung ab, daß sich der Ausschuss für Kunst und Wissenschaft vollständig hinter die Ausführungen seines Vorsitzenden gestellt habe, die dieser in Bezug auf den Bericht des Ausschusses abgegeben habe. — Frl. Kofe (Arb.) bleibt bei der Behauptung, daß es sich um eine Sinnesänderung in dem Protokoll gehandelt habe. — Der Senatsantrag wird angenommen.

**Wiederholter Antrag, betreffend Erlaß von Nachträgen zu den Beamtengegehren auf Grund des Reichsgesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik.** — Dr. Haut (Soz.) beantragt einen Antrag Bed und Genossen, nach dem die Worte „agitatorischer oder gefährlicher Weise“ zu streichen und dafür „in gefährlicher oder aufreizender Weise“ zu setzen sind. — Der Senatsantrag wird mit dieser Änderung in 2. Lesung angenommen.

**Erwähnung eines Angehörigen an den früheren Schulzweck.**

Wichtig: — Wird auf Antrag Haut (Soz.) dem Haushaltsaus-  
schuß überwiesen. — Nidel (Komm.) ist der Ansicht, daß der  
Sohn Vietigs, der Pastor in Stodolsdorf sei, seinen Vater aus-  
giebig ernähren könne. — Der Antrag Haut wird angenommen.

Revision der Stempelordnung. — (Auf Antrag Ewers  
(Dl.)) wird ein Ausschuß gewählt, der die Stempelordnung einer  
Nachprüfung zu unterziehen hat.

Verfestigung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe der  
Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke. — Steinberg (Soz.)  
erklärt, seine Fraktion stimme der Vorlage zu, die etwas Neues  
für Lübeck bedeute und ein Notprodukt der Zeit sei. Den staat-  
lichen Betrieben werde eine größere Selbständigkeit gewährleistet  
in der Erwartung, daß sie besser arbeiten könnten. Der Weg  
über Bürgerpflicht und Behörden sei heute zu umständlich, ein  
selbständiges Handeln der Verwaltung Bedürfnis. Ein weiterer  
Grund der Umwandlung sei auch, daß staatlicherseits den Betreibern  
die Kapitalien nicht mehr zur Verfügung ständen. Seine persön-  
liche Meinung sei, es wäre besser gewesen, man hätte  
gleich den Weg zur Aktiengesellschaft statt zur Form  
der öffentlich-rechtlichen Verwaltung genommen. Die  
neue Verwaltung ist noch etwas umständlich zusammengesetzt  
Privatkapital wird sich später nicht umgehen lassen, wenn man  
an den Ausbau der Unternehmungen gehen will. Ausschlag-  
gebend einfluß hat das Privatkapital aber nicht erhalten.  
In der neuen Form müssen die Rechte der Arbeiter ebenso ge-  
wahrt werden wie die der Beamten u. Angestellten. Verwaltungsrat  
und Vorstand müssen ihre Maßnahmen stets so treffen, daß es  
nicht etwa geht wie bei der Privatanstalt bei Berlin, die die  
Preise verdoppelt. Dazwischen muß Vorstand und Verwaltungsrat  
arbeiten lassen; nach einer gewissen Zeit haben sie Bericht zu  
erstatten. Senat und Bürgerpflicht müssen das Recht des eventl.  
Einspruchs haben. Die Rechnungsbehörde darf kein besonderes  
Einspruchsrecht haben, sie muß lediglich Revisionsinstanz sein. —  
Senator Ewers betont, daß auch die Rechte der Arbeiter voll  
gewahrt werden. — Klein (Dem.) erklärt, daß seine Fraktion  
der Vorlage zustimme, jedoch aber den § 12 (Nachprüfung durch  
die Rechnungsbehörde) einem Ausschuß zur Prüfung zu über-  
weisen. Die geplante Vorchrift stehe mit der Verfassung in  
Widerspruch. Das Vermögen der staatlichen Betriebe dürfe nicht  
ohne weiteres aus dem Staatsvermögen herausgezogen werden. —  
Koh (Komm.) stimmt gegen die Vorlage. Sie bringe nur eine  
Gestaltung der Betriebe. Die Rechte unterstütze den Antrag,  
weil sie alles in Privatbesitz haben wolle. Den Antriebe hierzu  
hätten die Deutschnationalen gegeben. Man hoffe, auch aus den  
bisherigen Staatsbetrieben Profit zu ziehen. Die Sozialdemo-  
kratie stimme der Vorlage zu, um sich der Verantwortung er-  
höhter Gas- und Strompreise zu entziehen. Die Bevölkerung  
müsse hohe Preise im Interesse der Staatsfinanzen bezahlen.  
Durch die Verfestigung der Staatsbetriebe soll deren Leitern  
ein erhöhtes Gehalt zugesprochen werden. Die Ursache der heutigen  
Unrentabilität dieser Betriebe liege in der mangelnden Kauf-  
kraft der Konsumenten, der Verteuerung der Kohlen und Ma-  
terialien. Diese Betriebe dürften keine werdenden Anlagen sein,  
sondern müssen Gas und Wasser so billig als möglich liefern. Die  
Entscheidung der Betriebe werde in ganz Deutschland propa-  
gandiert, um das Volk auszubauen. — Kollmann (Dl.) stimmt  
für die Vorlage und glaubt, daß die Lübecker Weg nach rechts  
besser finden werde als umgedreht. — Ewers (Dl.) spricht sich  
für die Vorlage aus, jedoch aber einige Änderungen resp. Ab-  
änderungen einzelner Paragraphen. Er beantragt, daß unter den  
Verwaltungsratsmitgliedern je ein zum Handelsrichter befugter  
Industrieller, sowie ein selbständiger Handwerksmeister des Gas-  
und Wasserwerksbetriebs sein müsse. — Haut (Soz.) wendet sich  
gegen Klein. Steinberg habe über die Heranziehung des  
Privatkapitals nicht die Meinung der Fraktion, sondern seine  
persönliche ausgesprochen. Wir denken nicht daran, privates Ka-  
pital heranzuziehen und würden dem nur zustimmen, wenn wir  
anders die Werke nicht aufrechterhalten könnten. Des weiteren  
wende ich der Redner gegen die Ausführungen von Koh, der  
Sage aus der Bekämpfung des Senats Kollmanns entlehnt  
wiederzugeben habe. Es handle sich nicht um eine Entschädigung,  
sondern um eine Entschädigung. Unter dem bisherigen  
System sei es unmöglich, die Betriebsanstalten nach Landmann-

ischen Grundrissen zu leiten, was in der heutigen flüchtigen Zeit  
notwendig sei. Koh müßte auch wissen, daß heute von Ueber-  
schüssen nicht die Rede sein kann, sondern daß der Staat ganz er-  
hebliche Zuschüsse leisten muß. Die Betriebsanstalten bräuchten  
Kapital zur Erhaltung des Betriebes und deren Ausbau. Bei  
stabilen Verhältnissen würde man sich mit Koh auf dem gleichen  
Wege befinden. Koh habe nur auf Kosten der Tatsachen agita-  
torische Wirkungen erzielen wollen. Wir müßten jedoch alles  
aufheben, um dem Staat die Sachwerte zu erhalten. Dem Antrag  
Klein auf kommissarische Prüfung des § 12 stimme die sozial-  
demokratische Fraktion zu, dagegen lehne sie die Vorschläge von  
Ewers ab. Uebrigens habe die Bürgerpflicht einen überwiegenden  
Einfluß in der Verwaltung, wo es nicht auf politische Anschauung,  
sondern auf Sachkenntnis ankomme. — Senator Ewers emp-  
fiehlt, vorläufig den beanstandeten § 12 ganz zu streichen. —  
Klein (Dl.) stimmt der Vorlage zu. Er hätte eine viel  
weitergehende Verfestigung der Betriebe gewünscht. —  
Dreger (Soz.) betont die Notwendigkeit, neue Betriebsformen  
zu finden, um die Staatsbetriebe von der Auflösung zu bewahren  
und bezeichne deren Niedergang als Kriegsfolge. Bei der grund-  
risslichen Stellungnahme zu der Betriebsform trennen sich die So-  
zialdemokraten von der Redner. Als Partei der Verantwortung  
hätten wir die Pflicht, die Wirtschaft praktisch kennen zu lernen,  
um sie später zu beherrschen. Nicht allein auf die Leitung komme  
es an, sondern der Geist der Arbeiter und Angestellten sei für die  
Wirtschaftlichkeit der Betriebe ausschlaggebend. In den Umfor-  
mungsbestrebungen wolle sich ein großer politischer Kampf ab-  
spielen. Die privatwirtschaftlichen Vertreter hätten natürlich das Bestre-  
ben, alles reiflich in ihre Hände zu bekommen. Da könne man es  
doch der Sozialdemokratie nicht überlassen, wenn sie sich da-  
gegen wehre, daß die Staatsbetriebe in Privatbesitz gelangen.  
Durch das Eindringen in diese Betriebe würden diese am besten  
vor dem Zugriff des Privatkapitals geschützt. Der staatliche Bu-  
reaukratismus würde uns eines Tages dazu bringen, uns in Bausch  
und Bogen in die Hände des Privatbesitzes zu werfen. Der brutale  
Eigentum des Kapitalismus könne das Wirtschaftsleben nie zur  
Gelungung bringen. Auf abstrakten Theorien wolle die Sozial-  
demokratie das Wirtschaftsleben nicht aufbauen, sie stelle sich auf  
den praktischen Boden der Tatsachen. Dazu sei die Zusammen-  
arbeit des ganzen Volkstheiles notwendig und auch die Kommu-  
nisten würden sich nach auf positives Wirken mit der Zeit umstel-  
len. Das Wirtschaftsleben dürfe in keiner Entfaltung zu einer  
jüdischen Gemeinheitsform nicht beschränkt werden. Deshalb  
nehme auch der Arbeiter auf Grund gesetzlicher Bestimmungen im  
Betriebsratgesetz seine Rechte wahr. Der Redner hebt hervor,  
daß im vorliegenden Gesetz die Bürgerpflicht die Möglichkeit habe,  
eingzugreifen, falls die Preisfrage zu hoch gedreht habe. Aber  
ihnen der moralische Einfluß der Bürgerpflicht unterbinde einen  
Mißbrauch. Altem Treu und Glauben dürfe man nicht Gabel  
fagen. Die Sozialdemokratie sei gewillt, nicht nur agitatorisch  
zu wirken, sondern auch die Verantwortung für das Gedeihen des  
Wirtschaftslebens mitzutragen, um den Lübecker Staat vor größ-  
tem Schaden zu bewahren. — Koh (Komm.) bestritt, Sätze aus  
dem Zusammenhang zu reißen zu haben. Die Kommunisten wür-  
den erst Steuern und Abgaben aus den Massen herausziehen, wenn  
sich die Lebensverhältnisse nivelliert hätten. Auf einen Jurist  
Haut erinnert der Redner an die Gewinne der Agrarier und be-  
sonders an den Besitzer des staatlichen Gutes Schönhausen, der für  
das ganze Gut 26 000 Mark Jahrespacht bezahle und die Quadrat-  
rate mit 2000 Mk. weiterverpachte. Die kommunistische Partei  
werde den Kampf gegen die Verfestigung der Betriebe mit  
allem Nachdruck führen. — Die Senatsvorlage wird mit der von  
Klein beantragten Änderung, den § 12 dem gemeinsamen Aus-  
schuß zu überweisen, mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Antrag Sed: Die Bürgerpflicht bezieht: Die Landge-  
meindeordnung für das Lübeckische Staatsgebiet wird wie folgt  
geändert: § 8 Ziffer 5: „von 60 Mk.“ in: „von 10 000 Mk.“  
§ 13 Absatz 2: „bei abnehmender Stimmengleichheit gilt der An-  
trag als abgelehnt.“ § 16 Absatz 1: Wenn ein Gemeindevorsteher  
als unfähig zur Ausübung seines Amtes erweist, so kann er  
auf Antrag des Gemeinderats von der Amtsbehörde seines  
Amtes entsetzt werden. § 19: „von 50 Mk. bis 500 Mk.“ in: „von 500 Mk.  
bis 10 000 Mk.“ § 27: „bis zu 120 Mk.“ in: „bis zu 10 000 Mk.“

Wolfradt (Soz.) begründet die Änderungen; es handele  
sich um notwendige Maßnahmen. Auch eine Änderung der Wahl-  
dauer der Gemeinderäte (alle 3 Jahre ganzschichtig) sei zu er-  
wägen. — Senf (Dl.) ist der Ansicht, daß der Vorliegende des  
Gemeinderats am besten den Ausschlag geben könne. — Schul-  
merich (Vrbg.) beantragt Ausschußberatung, der Wolfradt  
(Soz.) widerspricht. — Der Antrag Sed und Gen. wird mit ein-  
stimmiger Mehrheit angenommen.

Beschaffung von Verbrennungseisen und Ueberführung. —  
Schlöter (Vrbg.) fordert erneut Ueberweisung der Vorlage an  
einen besonderen Ausschuß. Es müsse Garantie dafür gegeben  
werden, daß die Feuerherstellung verbilligt werde. — Senator  
Bromme verweist darauf, daß die Friedhofsbehörde die An-  
schaffung von Verbrennungseisen einstimmtig beschlossen habe.  
Die Eisenpreise bei den Verbrennungen seien schon in der letzten  
Sitzung nachgewiesen worden. Bei weiteren Verteuerungen werde  
nichts anderes übrig bleiben, als eine Kommunalisierung des  
Verordnungswezens. — Dreger (Soz.) erklärt, die Arbeitsge-  
meinschaftler wolle die Angelegenheit auf das persönliche Gebiet  
schieben. Die Sozialdemokratie wolle selbstverständlich soziali-  
sieren und kommunalisieren. Herr Rosenquist, der sich dagegen  
wende, daß die Verbrennungseisen aus einer anderen Stadt  
bezogen wurden, sollte sich einmal bei Müller und Brodersen er-  
kundigen, die vor Jahresfrist die Säge hundertweise aus Hamburg  
bezogen und keine Rücksicht auf die hiesigen Tischler genommen  
hätten. Das seien Rosenquists Lokalpatrioten. Man lache jetzt  
die Sache auszulachen, um für die Kleinhandwerker Vorteile  
herauszuholen. Die Friedhofsbehörde müsse sobald als möglich  
das ganze Bestattungswesen reiflich kommunalisieren, um die Be-  
völkerung vor der Auswucherung der Privatunternehmer zu sichern.  
— Die Senatsvorlage wird in zweiter Lesung gegen die Stimmen  
der Redner (die Demokraten enthalten sich der Stimme) ange-  
nommen. — 10 Uhr.

## Theater und Musik.

Stadttheater.

Der Mikado, Operette von Arthur Sullivan  
Die Uraufführungen dieser Operette in Lübeck, die damals der  
45 mal wiederholte „Schlager der Saison“ waren, sind noch  
manchen Theaterbesuchern in freundlicher Erinnerung; sogar in  
Kiel und Hannover konnte sich das Lübecker Ensemble mit dieser  
Wiedergabe erfolgreich sehen lassen, dank der Intentionierung  
des Regisseurs Emil Waldeck. — Raum ein wenig verläßt, aber  
arabes und ungewogen heiter mutet auch heute Sullivans  
Musik an, vieles klingt noch frisch und lockend wie am ersten Tag;  
in dem köstlichen Madrigal, in manchen Liedern zeigt sich die  
Hand eines gebildeten und geschmackvollen Musikers, der anspruchslos  
erheben will, und dessen liebenswürdiges Musik noch ohne die  
großen Mittel gewisser moderner Operettenmade auskommt —  
und zumeist besser klingt. — Die Aufführung am letzten  
Sonntag erheiterte ein dankbares Publikum. Herr Janßen  
ein Mikado von trockener Würde, begabt mit unnachahmlich gro-  
testen Malakaluten. Walther, Wädhne voll sprunghafter  
Komik und packhafter Parodie, als Sänger schön — aber un-  
laut! Herr Teubner gab eine von den Karikaturen, die man  
im Gedächtnis behält; in aller Uebertreibung erkennt man die  
scharf gezeichnete Gestalt. Herr Seimberg und Fräulein  
Buchholz mimenten und sangen das zierliche Märchen mit leben-  
diger Sicherheit; und Frau Fehrbach zeigte parabolische  
Fähigkeiten und exzentrische Beweglichkeit, die man der Sängerin  
kaum zugetraut hätte und die Beifallsstürme auslöste. Herr  
Kapellmeister Weidlich leitete das Werk mit Geschick, aber oft  
mit dem Zuschnitt einer modernen Operetten-Musik. Die Bühne  
sah sehr hübsch aus. — H.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber;  
für Freisport Lübeck und Jentelton Hermann Bauer;  
für Interieur Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich  
Steinberg. — Druck von Friedrich Weyer & Co.,  
Lübeck in Lübeck.

Zum nahenden Osterfest Kaufe  
**SUNNIGT SEIN**

Ämtlicher Teil	Nichtämlicher Teil
<p>Der Senat hat beschlossen, die Kandidaten des Lübeckischen Senats für die Wahlen am 28. März 1928 zu dem Senat zu be- stimmten. (14739)</p> <p><b>Das Geiz- und Berordnungsalat</b> Der Senat hat beschlossen: Am 28. März 1928 wird die Wahl zum Senat abge- halten. (14740)</p> <p>Konfirmation der Schenkung von 2 Do- kumenten zur Bestätigung des Geizes, dem die Bestätigung für wertvoll ist, am 28. März 1928. — Konfirmation der Schenkung von 20 000 Mark, bestehend in 20 000 Mark Scheine, nach dem Bestimmungsgesetz für Kon- firmation vom 12. Dezember 1911. — Konfirmation der Schenkung von 20 000 Mark, bestehend in 20 000 Mark Scheine, nach dem Bestimmungsgesetz für Konfirmation vom 12. Dezember 1911. — Konfirmation der Schenkung von 20 000 Mark, bestehend in 20 000 Mark Scheine, nach dem Bestimmungsgesetz für Konfirmation vom 12. Dezember 1911. — Konfirmation der Schenkungen von 20 000 Mark, bestehend in 20 000 Mark Scheine, nach dem Bestimmungsgesetz für Konfirmation vom 12. Dezember 1911. — Konfirmation der Schenkungen von 20 000 Mark, bestehend in 20 000 Mark Scheine, nach dem Bestimmungsgesetz für Konfirmation vom 12. Dezember 1911. (14741)</p>	<p>Für die vielen Gratula- tionen u. Geschenke zur Konfirmation danken herzlich (14726) H. Denker und Frau nebst Sohn Werner.</p> <p>Für die Glückwünsche zur Konfirmation danken herzlich (14701) Jobs. Boller und Frau nebst Sohn Hans. Dormer.</p> <p>Für die Gratulationen und Geschenke zur Kon- firmation danken her- lich (14730) H. Rohde und Frau nebst Sohn Wilh.-Im.</p> <p>Für die vielen Auf- merksamkeiten zur Kon- firmation unseres Sohnes danken herzlich Reinr. Schank u. Frau nebst Sohn Wilhelm (14749)</p> <p>Für die vielen Auf- merksamkeiten zur Kon- firmation unseres Sohnes Hans danken herzlich Wienecke u. Frau nebst Sohn Hans. (14762)</p> <p>Für die vielen Auf- merksamkeiten zur Kon- firmation unseres Sohnes Herbert danken her- lich Friedr. Peters und Frau nebst Sohn. (14735)</p> <p>Für die vielen Gratula- tionen u. Geschenke zur Kon- firmation danken her- lich (14726) H. Denker und Frau nebst Sohn Werner.</p> <p>Für die Glückwünsche zur Konfirmation danken herzlich (14701) Jobs. Boller und Frau nebst Sohn Hans. Dormer.</p> <p>Für die Gratulationen und Geschenke zur Kon- firmation danken her- lich (14730) H. Rohde und Frau nebst Sohn Wilh.-Im.</p> <p>Für die vielen Auf- merksamkeiten zur Kon- firmation unseres Sohnes danken herzlich Reinr. Schank u. Frau nebst Sohn Wilhelm (14749)</p> <p>Für die vielen Auf- merksamkeiten zur Kon- firmation unseres Sohnes Hans danken herzlich Wienecke u. Frau nebst Sohn Hans. (14762)</p> <p>Für die vielen Auf- merksamkeiten zur Kon- firmation unseres Sohnes Herbert danken her- lich Friedr. Peters und Frau nebst Sohn. (14735)</p> <p>Für die vielen Gratula- tionen u. Geschenke zur Kon- firmation danken her- lich (14726) H. Denker und Frau nebst Sohn Werner.</p> <p>Für die Glückwünsche zur Konfirmation danken herzlich (14701) Jobs. Boller und Frau nebst Sohn Hans. Dormer.</p> <p>Für die Gratulationen und Geschenke zur Kon- firmation danken her- lich (14730) H. Rohde und Frau nebst Sohn Wilh.-Im.</p> <p>Für die vielen Auf- merksamkeiten zur Kon- firmation unseres Sohnes danken herzlich Reinr. Schank u. Frau nebst Sohn Wilhelm (14749)</p> <p>Für die vielen Auf- merksamkeiten zur Kon- firmation unseres Sohnes Hans danken herzlich Wienecke u. Frau nebst Sohn Hans. (14762)</p> <p>Für die vielen Auf- merksamkeiten zur Kon- firmation unseres Sohnes Herbert danken her- lich Friedr. Peters und Frau nebst Sohn. (14735)</p>